

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gehr. Kuntz, Dresden
und Cöthische Courant

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Beilagen
"Nach der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25201. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25201 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompatibilität
30 Pf., die 50 mm breite Reklameweile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 231

Dresden, Montag den 4. Oktober 1926

37. Jahrg.

Die Vereinigten Staaten von Europa

Ein Problem und ein Kongress — Kritische Wetterzeichen — Was Karl Rautsky sagt

Von unserm Sonderberichterstatter

H. E. Wien, 3. Oktober.

Wenige Stunden, bevor der Paneuropa-Kongress in Wien am Sonntag eröffnet wurde, fand hier die Mittteleuropäische Verkehrsabstimmung statt. Herr Dr. Seipel, der „Altunionskanzler“, hielt das tonangebende politische Referat. Er sagte darin u. a.:

„Grade deshalb, weil ein Teil der mitteleuropäischen Länder keinen Zugang zum Meer hat, muß dieser Teil der mitteleuropäischen Länder um so größeres Gewicht darauf legen, daß innerhalb Mitteleuropas im Interesse aller eine entsprechende Verkehrsabstimmung gemacht wird. Alle jene Länder, die sich darauf beschränken, den Verkehr auf eigenem Staatsgebiet zu pflegen, und nur gewisse Uebertragungen auf die angrenzenden Staaten gestatten, müssen verhorren. Wir warten nicht, bis die Veränderung der europäischen Landkarte eine neue Situation schafft. Wir wünschen diese Veränderung schon gar nicht, wenn sie um den Preis kriegerischer Verwicklungen entsteht, sondern wir wünschen die augenblickliche Lösbarkeit der Frage, die im Interesse aller Staaten liegt.“

Das sagt Herr Dr. Seipel, Vertreter jenes selben Merkantilismus, der in allen Ländern, in denen er sich noch findet, aus mittelalterlich-günsterischem Urtrieb heraus dem Partikularismus und der „Eigenart“ das Wort redet, nach dem Motto: Bayern den Bayern und Oesterreich den — Christlich-sozialen. Wenn schon dieser Seipel das Problem, mag man es Paneuropa oder sonstwie nennen, fähig, dann müssen alle das gleiche tun. Kernfrage ist nicht das Ob, sondern das Wie und vor allem das Wie weit!

Kurz vor dem Kongress sprach ich über Problem und Veranstaltung mit Karl Rautsky. In seine Bücher und in seine Studien ganz hineingetaucht, arbeitet er schon seit Jahren an seinem größten methodologischen Werk über den historischen Materialismus, voraussichtlich einem umfangreichen Zweibänder, von dem er selbst noch nicht weiß, wann er fertig sein wird, der aber berufen ist, die von uns so oft und so schmerzlich empfundene Lücke unserer wissenschaftlichen Literatur auszufüllen. Ganz konzentriert auf diese seine größte Arbeit, aber dennoch beweglich und auch kritisch genug, Paneuropa ein paar Stichworte (nicht mehr!) zu widmen.

„Ein europäischer Zollverein scheint mir der heutigen ökonomischen Entwicklung von Europa durchaus angepaßt und im Interesse seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit notwendig. Die Amerikaner haben einen Erdteil als „ihren“ Markt. Die Russen ebenfalls. Wer legt die innereuropäischen Zollmauern nieder! Coudenhove-Kalergi ist sicherlich ein sehr gewandter Mann. Aber — die Regie allein tut's nimmer. Wer ist Träger der paneuropäischen Bewegung? Die Arbeiter? Das Kapital? Darauf scheint es mir für die Entwicklung und die Form der Praktizierung des Problems anzukommen.“

Coudenhove-Kalergi will alle „guten Europäer“ sammeln und organisieren. Da ist unser Löbe neben dem Grafen Lerchenfeld aus München. Leon Blum steht neben Herrn Dr. Spitzmüller, L. u. F. Ministerpräsident a. D. Albert Einstein neben dem Bischof Nikolaus Jofjan aus Budapest. Vielleicht bekommt er gar für seine Wisse auch einmal Benito Mussolini. ... Historischer Materialismus? Das sei wenigstens ein Zweifel als eine Forderung unsererseits an den Kongress.

Man wird gut tun, das Problem Paneuropa lieber zur Zeit zu klein als zu groß zu sehen. Eben im Interesse der Verwirklichung dessen, was heute oder morgen schon möglich ist. Ueberspannung, auch die Kleinsten, muß sich gerade hier rächen. Einheitliche Verkehrsabstimmung in Europa — jamaohl! Europäischer Zollverein — ganz sicherlich! Aber darüber hinaus —? Da beginnt neben dem großen Fisk auch das große Wider, wie sehr noch die Dinge liegen; da beginnen erst die inneren Schwierigkeiten der ganzen Idee.

Coudenhove-Kalergi, neben ihm Gödicke und anderer „Europäer“, sehen das Problem fast ausschließlich aber doch geleitet vom geopolitischen Standpunkt: Die übrige Welt außerhalb Europas hat sich zu Erdraumbereichen zusammengeballt oder ist doch in der Entwicklung dahin begriffen. Wegen dieser mächtigen überstaatlichen Erdraumbereichen (Vereinigte Staaten von Amerika — Union der Sowjetrepubliken — The British Empire — Japan und China als ostasiatische Gemeinschaft) liegt Konkontinentalen Europa in Verfall. „Verfall“, „Verarmung“. Aber — und hier beginnen nun, will man aus Paneuropa mehr machen, als es die Verwirklichung jener Forderungen vernünftiger kollektiv europäischer Binnenbewirtschaftung ist — die eigentlichen Schwierigkeiten. Auch dieser geopolitische Gesichtspunkt ist nicht ausschlaggebend für die kommende Entwicklung sein? Gerade der Markt fände hier Argumente für das Wichtige. Es gibt eben auch noch andere objektive Kräfte im historisch politischen Leben, die den geopolitischen entgegenwirken können.

Am unstrittigsten ist befaßlich die englische Frage für jene „ersten“ Paneuropäer, wenn man sich so ausdrücken will. Hier hat Coudenhove in seinem früheren Anhängen Heile ja auch schon seinen Widerpart gefunden. England soll aus der paneuropäischen Union ausscheiden. Sein wirtschaftliches und politisches Interesse als Teil und als Mutterland seines allkontinentalen Empires wäre ein andres und weiteres als das eines europäischen Bundesstaates. England soll zu Paneuropa nur im Verhältnis der „Entente“, nicht der Föderation stehen. Demgegenüber wird sicherlich mit gleicher Berechtigung eingewendet, daß doch gerade England kulturell das europäische Land schlechthin sei. Es ist der Delmalboden gerade der typisch europäischen politischen Lebensform, der bürgerlichen Demokratie, die gerade nach Coudenhove das geistige Band für die europäischen Länder zum Unterschied von der zäsurischen Lebensform Asien-Rußlands darstellt. England hat auch mehr für die Europäisierung der übrigen Welt getan als alle andern europäischen Staaten zusammengezogen.

Zwiespalt und Klüften erheben sich aber für jene ersten Paneuropäer auch für die Gegenwart praktischer Politik. Dem Kongress ist ein förmlicher Antrag des österreichisch-deutschen Volksbundes vorgelegt, man möge die Vereinigung Oesterreichs und Deutschlands als die Tagesordnung setzen. Nun wird der Kongress ja sagen, man dürfe nicht Folgerungen aus der Lösung des Problems „zu Problem selbst und das Sekundäre vor das Primäre erheben. Aber sicher ist doch auch, daß die Frage der deutsch-österreichischen Vereinigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts manchem auch-Paneuropäer dringlicher erscheine als die Praktizierung eines viel umfassenderen und deshalb auch schwierigeren Problems, um dessen Grundzüge selbst noch gestritten wird. Hier liegt eine Gefahr für den Kongress, die gerade auch unsere Genossen Löbe nicht gleichgültig lassen wird.

Wie weit solche Fragen schwieriger und heikelster Natur vor aller Öffentlichkeit auf dem Kongress verhandelt werden können, muß sich noch ergeben. Der Kongress hat umfangreiche Kommissionsaufträge schon für die ersten Tage vorgegeben und dahinein wird man wohl die Schwierigkeiten des Problems vertiefen. Warten wir ab, was herauskommt.

Wie dem auch sei: idealistisch weit gespannt oder realistisch in die konkreten Formen wirtschaftlicher Notwendig-

keiten gegossen — das Problem Paneuropa wird uns alle nicht lassen, bis es uns gesegnet hat.

Die Eröffnung des Kongresses

A. Wien, 4. Oktober. (Eig. Funk.) Am Sonntag vor-mittag fand die feierliche Eröffnung des Paneuropäischen Kongresses im großen Konzerthaus statt. Der Kongress wurde von dem ehemaligen Bundeskanzler Dr. Seipel, dem österreichischen Vorkonferenzpräsidenten der Paneuropäischen Union eröffnet, der auf die Bedeutung der Paneuropäischen Union nachdem er an ein Wort des französischen Ministerpräsidenten Briand erinnerte, das verlangt, daß sich alle alteuropäischen Völkerbündnisse lösen und die Schwierigkeiten leicht überwinden werden. Dann begrüßte der Bundeskanzler Dr. Blumel im Namen der Regierung und der Wiener Bürgermeister Genosse Emmertling den Kongress, die ebenfalls die Bedeutung des Kongresses für den Frieden Europas würdigten. Anschließend sprachen Delegierte der Einzelländer. Als erster der Reichstagspräsident Genosse Löbe. Dieser begann seine Rede:

„Europäer! Dieser Geburtstag Paneuropas wird einst als historischer Akt der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Erdteils gewürdigt werden. Allerdings muß die Idee erst erarbeitet werden. Sie richtet sich nicht gegen Amerika, nicht gegen Asien, auch nicht gegen den Völkerverbund. Mit ihnen allen zusammen wollen wir unsere Idee durchsetzen.“

Dann sprachen die Vertreter aller andern Länder. Nachmittags um fünf Uhr fand im Rathaus eine Begrüßung durch den Bürgermeister statt. Am Abend wurde durch den Präsidenten Coudenhove-Kalergi eine große politische Tagung des Kongresses eröffnet, bei der eine Reihe von Referaten erstattet wurde.

Der Bürgerblock in Böhmen

B. Prag, 3. Oktober. (Eigener Draht.) Das Zentralorgan der tschechischen agrarischen Partei, und damit wahr-scheinlich das Blatt des künftigen Ministerpräsidenten Schwela, teilt heute das tschechisch-deutsche Programm des tschechischen Bürgerblocks mit. Das bereits von allen entscheidenden Faktoren angenommene Programm ist kennzeichnend für die schwere wirtschaftliche Reaktion, die in der Tschechoslowakei eingesetzt hat. Die Verschlechterung der Sozialversicherung, die Reform der Steuern zugunsten der Besitzenden, die Verschärfung der ganz ungenügenden Arbeitslosenfürsorge, Einstellung der staatlichen Bautätigkeit und Aufhebung des Mieterschutzes sind die wichtigsten Punkte des bürgerlichen Regierungsprogramms. In der furchtbaren Wirtschaftskrise, die vor kurzem eingesetzt hat und sich in Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit äußert, muß dieses bürgerliche Programm geradezu katastrophal genannt werden. Man kann nur hoffen, daß dieser Anschlag des geeinten Bürgerblocks auch auf den einigen Widerstand der proletarischen Parteien stoßen wird.

Ein schamloser Zollanschlag

Erhöhung des Zuckersolls?

Im vorigen Jahre waren die Zuckerproduzenten bereits mit der Festsetzung des Zuckersolls nicht zufrieden. Dennoch hielten Reichsregierung und Reichstag an dem Satz von 10 M. für den Doppelzentner Zucker fest. Da die Zuckerindustrie nicht kartelliert war, verhinderte zunächst die freie Konkurrenz auf dem Inlandmarkt die volle Ausnutzung des Zolles, so daß Anfangs die Belastung der Verbraucher hinter dem, was sich rein rechnermäßig als Belastung in Höhe von 5 Pf. für das Pfund Zucker ergeben mußte, zurückblieb.

Erst im April 1926 gelang es den Bemühungen des Vereins der deutschen Zuckerindustrie, ein Exportkartell zustande zu bringen, dem die meisten der Zuckersabriken angeschlossen sind. Aufgabe dieses Exportkartells war der Export derjenigen Zuckermengen, die von der Zuckerindustrie über den Inlandbedarf hinaus produziert wurden. Jede dem Kartell angeschlossene Fabrik mußte die Verpflichtung auf sich nehmen, eine bestimmte Menge Zucker im Ausland abzusetzen. Dafür erhielt sie dann eine Exportbeihilfe, die nachwies, daß sie sich ihrer Kartellpflichten entledigt hatte. Diese Exportbeihilfen wurden bald zwischen den einzelnen Zuckersabriken geteilt, d. h. einzelne Fabriken übertrugen ihre Exportverpflichtung auf andere und zahlten ihnen eine Entschädigung in der Form, daß sie ihnen die Exportbeihilfen, die Kartellbeihilfen, abkauften. Die Preisentwicklung dieser Kartellbeihilfen zeigt an, in welchem Umfang dem Exportkartell die Durchführung seiner Aufgabe gelang. Natürlich richtete sich dann auch der Preis nach der Differenz zwischen Inlandpreis und Weltmarktpreis. Ende April wurden diese Scheine zu einem Preis von 3,50 M. gehandelt. In den letzten Septembertagen stieg der Preis auf 4,85 M. Das Zucker-Exportkartell hat also praktisch erreicht, wozu es geschaffen wurde. Es hat den Inlandpreis um 5 M. über den Weltmarktpreis gehoben. Da der deutsche Inlandverbrauch an deutschem Zucker rund 25 Millionen Zentner beträgt, bedeutet der Zoll von 5 M. eine Belastung der Verbraucher zugunsten der Zuckerindustrie in Höhe von 125 Millionen Mark jährlich. Eine Verdopplung dieses Zolles, wie sie jetzt von den deutsch-nationalen Vorkonferenzen wird, würde diese Belastung auf rund eine Viertel-Milliarde steigern. Das würde bedeuten, daß der Zollgewinn der Zuckerindustrie genau so groß ist wie

die Besteuerung des Zuckerverbrauchs durch das Reich und wäre für die Verbraucher gleichwertig einer 50prozentigen Erhöhung der Zuckersteuer.

Damit richtet sich der Zollanschlag der Deutschnationalen gegen einen Beschluß des Reichstags, der anlässlich des Steuerkompromisses gefaßt worden war und vom Reichsfinanzministerium eine Reform der Verbrauchsbesteuerung in der Weise forderte, daß die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol gesteigert und dafür die Zuckersteuer gekürzt werden sollte. Im Mai erklärte der Reichsfinanzminister, er hoffe die Einnahmen aus dem Branntweinmonopol zu verdoppeln und dafür die Zuckersteuer zu ermäßigen. Wenige Wochen später legte das Reichsfinanzministerium seine Entwürfe zur Reform des Branntweinmonopols vor und gab zu, daß die Durchführung dieser Entwürfe eine wesentliche Steigerung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol erwarten lasse. Damit hatte Herr Reinhold sich selbst demontiert. Immerhin proklamierte er auch noch in diesem Monat in seiner Rede auf der Hamburger Tagung des Gewerkschaftsbundes der Ange-stellten, daß er eine Ermäßigung der Zuckersteuer durchführen werde. Nach dieser Erklärung eines der prominentesten Mitglieder der Reichsregierung wird man es für ausgeschlossen halten dürfen, daß jetzt die Reichsregierung und die Regierungsparteien sich mit einem Antrage einverstanden erklären, der sachlich darauf hinausläuft, die Belastung des Zuckers um ein Drittel zu steigern, und zwar nicht zugunsten der öffentlichen Hand, sondern zugunsten der Zuckerindustriellen. Die Annahme des Antrags der Deutschnationalen würde schließlich bedeuten, daß die Regierungsparteien im Frühjahr das Steuerkompromiß mit der Sozialdemokratie nur zum Schein geschlossen haben. Die Erhöhung des Zuckersolls wäre zum mindesten eine schwere Verletzung der im Steuerkompromiß niedergelegten Grund-sätze.

Zweifellos werden die Zuckerindustriellen und ihre Vertreter im Parlament und in der Öffentlichkeit darauf verweisen, daß sich der Zoll nicht immer voll ausgewirkt habe. Diese Situation ist aber, wie oben ausgeführt, durch das Exportkartell, das auch für das soeben beginnende Betriebsjahr